

Feuilleton

Wäre bestimmt gut, das zu können

Das Walisische ist die älteste britische Sprache und entsprechend schwach. Längst nicht alle Waliser wollen sie am Leben halten. Hoffen kann man einzig noch auf die Jugend.

CARDIFF/CAERNARFON/EBBW VALE, im November

Auf der Fensterbank von Meri Huws' Büro im Zentrum von Cardiff steht ein Bilderrahmen aus Schiefer, darin ein Foto vom letzten Gipfeltreffen. Die Repräsentanten, die darauf zu sehen sind, kommen aus Irland, Kanada, Katalonien, dem Baskenland. Einige von ihnen wirken etwas steif, als seien sie es nicht gewohnt, in Gruppen fotografiert zu werden. Hier posieren Sprachkommissare, unglamouröse Beamte, die dafür sorgen sollen, dass die Klangvielfalt ihrer Länder nicht für immer verstummt. Huws, seit 2012 Welsh Language Commissioner, ist aufgrund einer Sturmwarnung per Video aus Carmarthen zugeschaltet, nicht weit vom Südwestzipfel des Landes, der dank seiner Anglophonie auch „Little England beyond Wales“ heißt. Dass sie jetzt Englisch spricht, im rollenden walisischen Dialekt, liegt daran, dass ihr Besucher kein Walisisch kann. Später, am Telefon mit ihrer Mitarbeiterin, reden beide selbstverständlich Cymraeg miteinander. Nicht aus Geheimniskrämerei; es ist hier im Hause einfach die Geschäftssprache.

Für die Westminster-Regierungen kam das Walisische als Amtssprache lange Zeit gar nicht in Frage. Erst 2011, fast ein halbes Jahrtausend nachdem Heinrich VIII. Wales für englischsprachig erklärt hatte (1536), bekam es offiziellen Status. Laut der jüngsten Volkszählung sprechen 562 000 der drei Millionen Einwohner Walisisch, jeder von ihnen ist gleichsam englischer Muttersprachler. Bis 2050 strebt die walisische Labour-Regierung eine Million an.

Tatsächlich müsste man, gäbe es so etwas wie „eine“ britische Sprache, historisch korrekt wohl zuerst an das Walisische denken. Dessen keltische Wurzeln reichen bis zu viertausend Jahre zurück, die des Englischen (wie die des Schottisch-Gälischen) kaum mehr als 1500. Und doch hält sich bei manchem Festlandeuropäer der Glaube, Walisisch wäre ein Dialekt des Englischen, genauso hartnäckig wie das Pars pro toto „England“ für das Vereinigte Königreich. Selbst in unseren Lexika ist solches Denken verankert: Das englische Wort *Welsh* – und mithin das deutsche „walisisch“ – kommt vom althochdeutschen *walh*, das so viel wie „Ausländer“ bedeutet. Cymraeg, das walisische Autonym, ist britannischen Ursprungs: Combrogi („Landsmänner“).

Wer ist hier wessen Landsmann? Im Brexit-Britannien, das sein Nationalbewusstsein in der Abgrenzung sucht, verdrängt die walisische Sprache einiges über diese Gesellschaft, die weder ganz eine große Nation bewohnt noch vier kleine. Das Referendum von 2016 scheint unmissverständlich: Schottland und Nordirland wollten in der EU bleiben, England und Wales aussteigen. Zählt man jedoch nur die Stimmen derjenigen, die Walisisch sprechen und sich nicht als britisch, sondern als walisisch verstehen, bleiben gerade einmal sechzehn Prozent für „Leave“. Traditionell ist der Stolz auf die Sprache eng mit dem walisischen Unabhängigkeitsstreben verbunden, das sich als links und proeuropäisch begreift. Vorsichtiger Verfechter der Sprache waren jedoch davor, bloß nicht den Fall Irland zu vergessen; von der Unabhängigkeit im Jahr 1922 hat die irische Sprache so gut wie gar nicht profitiert.

Nach der Frage, ob ein unabhängiges Wales gut für die Sprache wäre, macht Meri Huws eine Denkpause. Dann sagt sie: „Ich soll keine politischen Ansichten haben. Was ich aber sagen kann, ist, dass mir der Brexit Sorgen bereitet. Weil wir uns aus etwas zurückziehen, das aus der Nachkriegszeit erwuchs, als die Menschen die Gefahren exzessiver Unabhängigkeit begriffen.“ Nur, welche Unabhängigkeit ist ungesund: die von Brüssel oder die von London? Huws will nicht ideologisch werden. Eigenständigkeit hat viele Kapitel. Jenes, das im zweiten Stock dieses Bürogebäudes in der geschäftigen Heol Eglwys Fair/St Mary Street geschrieben wird, ist vielleicht das eindeutigste: Die Sprache soll leben. Alles andere ist Politik.

An den Schulen des Landes lebt sie. Oder vielmehr: Sie versucht eine Auferstehung. Cardiff hat heute achtzehn Welsh-medium schools, gegenüber 96 englischsprachigen. Zwischen dem berühmtesten „Verrat der Blauen Bücher“ von 1847 und der Gegenwart gab es ein großes Erwachen. Damals veröffentlichte eine aus drei englischen Juristen bestehende Kommission einen 1252 Seiten langen, von den für Regierungspublikationen üblichen blauen Einbänden ummantelten Bericht über den Zustand der walisischen

Bildung. Waliser wurden darin als moralisch minderwertig und sexuell promiskuitiv dargestellt: „Die Sittlichkeit befindet sich generell auf dem Tiefstand, aber die gigantische walisische Sünde ist der Mangel an Keuschheit.“ Was überall mit Schwang, war die anglikanische Verachtung für die nonkonformistische Kirche, die in Wales im Dissens mit der Church of England reüssierte. Nun helfe nur noch eine Bildungsreform nach englischem Vorbild. Und man spreche bitte auch die zugehörige Sprache.

Mittlerweile lernen alle Schüler des Landes zumindest als Zweitsprache wieder Walisisch. Die Annahme, man hätte es mit einer sterbenden Sprache zu tun, ist demographisch schnell widerlegt: Der größte Prozentsatz findet sich bei den Drei- bis Fünfzehnjährigen, von denen mehr als vierzig Prozent die Sprache beherrschen. Die Elterngeneration verzeichnet kaum mehr als zwanzig Prozent, die Großelterngeneration noch weniger.

Gerade in der Hauptstadt erwächst eine neue walisische Identität. Seit Anfang der neunziger Jahre hat sich die Zahl der walisischsprachigen Bevölkerung Cardiffs mehr als verdoppelt, auf zuletzt gut 37 000. „Aus irgendeinem Grund gibt es den Irrglauben, dass das Walisische nie in

halten, schon bald wie von allein Englisch; doch bis zu ihrem Architekturstudium in Cambridge brauchte sie es kaum. „Die Sprache steckt in unseren Knochen“, sagt Awst, im Schneidersitz auf ihrem Sofa sitzend. Sie spricht leise und wohlüberlegt. Manchmal, wenn es um walisische Eigenheiten geht, hält sie inne, denkt nach, wie sie auf Englisch formulieren soll, was sie in dieser Sprache noch nie erklärt hat.

Nach dem Studium zog Awst für ein paar Jahre nach Berlin, um dort als Künstlerin zu arbeiten. Ihre beiden Kinder, heute zehn und fünf, verbrachten die frühe Kindheit in Deutschland. Awst sprach Walisisch mit ihnen. Immer wieder fragten deutsche Eltern sie: „Warum nur vermittelst du deinen Kindern diese nutzlose Sprache, wenn du ihnen so tolles Englisch beibringen könntest?“ Englisch, erwiderte die Exilwaliserin, lernten sie schon früh genug. Eine kleine Sprache wie das Walisische aber gehe leicht verloren. Vor drei Jahren zog die Familie zurück nach Nordwales. Die Kinder besuchen, wie alle Kinder in Caernarfon, eine walisischsprachige Schule. Und sprechen fließend Englisch und Deutsch.

Im Kamin des kleinen Wohnzimmers brennt kein Feuer, während Awst erzählt.

über dem örtlichen Buchladen, ein paar Schritte von der Caernarfoner Burg entfernt, auf der am 1. Juli 1969 ein zwanzigjähriger Engländer namens Charles Mountbatten-Windsor offiziell Prince of Wales wurde – der einzige übrigens in der langen Reihe, der auch Walisisch spricht –, weht der rote Drache. Daneben: nicht etwa der Union Jack, sondern die Flagge Kataloniens. Aus Solidarität und für das Recht auf Selbstbestimmung, erklärt Eirian James, die mit ihrer großen Rahmenbrille und der Wolljacke genauso aussieht, wie man sich eine Buchhändlerin in einer nordwalisischen Kleinstadt vorstellt. Das Geschäft läuft gut. James verkauft zu einer Hälfte englischsprachige Bücher, zur anderen walisischsprachige. In der Zeitschriftenabteilung findet sich eine kleine, nicht zu verachtende Auswahl walisischsprachiger Kultur- und Politikmagazine, darunter „O'r Pedwar Gwynt“ („Von den vier Winden“), eine Literaturzeitschrift im Stile der „London Review of Books“, reich an Rezensionen und langen Geschichtsartikeln. Blätterte man ohne Vorkenntnisse durch die elegant aufgemachten Seiten, dann würde man wohl kaum auf die Idee kommen, dass die walisischsprachige Presse bedroht sei. Doch im vergangenen Jahr hat die letzte Tageszeitung zugemacht.



„Der rote Drache geht voran“: Wappen der Stadt Cardiff vor dem Rathaus.

Foto Cornelius Dieckmann

Cardiff heimisch war“, sagt Dylan Foster Evans, Direktor der Walisischen Fakultät der Universität Cardiff. „Noch heute sind manche Muttersprachler, die von anderswo hierherziehen, überzeugt, sie kämen in eine durch und durch englischsprachige Stadt.“ Dabei war Cardiff noch Anfang des neunzehnten Jahrhunderts mehrheitlich walisischsprachig. Erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts setzte sich das Englische durch. Doch es füllte kein Vakuum; es verdrängte. Am 9. Mai 1892 berichtete die walisische Zeitung „Evening Express“ leicht spöttisch über einen alteingesessenen Metzger, der sein Cardiffer Geschäft aufgegeben hatte, um mit seiner Familie ins Rhondda-Tal zu ziehen – „because his children could not be brought up to speak Welsh in Cardiff, and he won't have them speak English. So Mr. Jones has hied him and the little Joneses to Welsh-speaking Cymmer. O glorious patriotism!“

Foster Evans lächelt. „Heute würde Jones es vielleicht andersrum machen.“ Zu jener Zeit galten die Kohlegruben von Rhondda dank der walisischen Binnenmigration noch als die besten Sprachschulen des Landes. Doch mit dem Ende des Bergbaus kollabierten in Südwestwales auch die linguistischen Konzentrationspunkte. Heute erkämpft sich die Sprache langsam den Ruf der Urbanität zurück. In Cardiff wird sie freilich nicht mehr von Industriearbeitern getragen, sondern von der städtischen Mittelschicht – und von deren Kindern.

Im Norden hat das Walisische nie wirklich aufgehört. Alltagssprache zu sein, gleich, ob arm oder reich. Die Küstenstadt Caernarfon, einst Handelszentrum der Schieferindustrie, ist noch heute die stärkste Feste der walisischen Sprache. 87 Prozent der 10 000 Einwohner sprechen Cymraeg, bei den jungen sind es fast hundert Prozent. Cardiff scheint hier so fern wie London. Die nächstgelegene Hauptstadt ist Dublin.

Von Manon Awsts Erkerfenster erblickt man die nebeltrübten Hügelspitzen der Insel Anglesey, des nordwestlichsten Punktes von Wales. Awst ist dort in den achtziger Jahren in einem Zwanzig-Häuser-Dorf aufgewachsen. Zu Hause sprach sie Walisisch. Sie lernte zwar, wie selbst die Kinder in den allerwalisischsten Haus-

Nur der Sturm pfeift durch den Schornstein und gibt der schützenden Wärme des Raumes fast etwas Mystisches. Als Fremder neigt man im hohen Norden, wo die Häuser keine Nummern tragen, sondern Namen wie „Ardwyn“ oder „Llwyn-dyrys“, zur Romantisierung. J. R. R. Tolkien, zeitweilig von Walisischen fasziniert, beschrieb 1955 folgenden, absichtlich verkürzten Doppelmythos: „Der wilde, unergründliche Kette, voller vager und nebliger Phantasien; und der Sache, handfest und praktisch.“

Wales als arthurisches Nebelland, England als tüchtiges Empire. Im „Herrn der Ringe“ ließ Tolkien das Walisische mit philologischer Liebe in die Sprachen der Elben einfließen.

Awst ist skeptisch. „Wir müssen von diesen Bildern reiner Romantik wegkommen.“ Das bedeute mitnichten ästhetische Einschränkungen; sie selbst befasse sich in ihrer Arbeit mit der Schönheit der walisischen Landschaft, und natürlich haben die Sprache, die Täler und Berge für sie eine archaische Anmutung, aber eben auch einen alltäglichen Aspekt: Awsts Lebensgefährtin ist Dichter und Übersetzer – vielleicht die Berufskombination, die diese alte und doch lebendige Sprache am besten beschreibt: künstlerische Phantasie, gepaart mit fleißigem Pragmatismus.

In Caernarfon, wo selbst die Kingdom Hall der Zeugen Jehovas die Aufschrift „Neuadd y Deyrnas Tystion Jehofa“ trägt, käme man wohl auch ohne die gesetzlich vorgeschriebenen zweisprachigen Beschriftungen aus. Abends, in einem Pub, sitzen Großmutter, Mutter und Tochter beieinander und unterhalten sich auf Walisisch. An einer Bushaltestelle trinkt eine Gruppe jugendlicher Billigfusel und dreht sich Zigaretten – kein Wort Englisch. Es gibt die bösartige Unterstellung, Waliser würden schnell die Sprache wechseln, wenn Engländer sich näherten, um diese vorzuführen. In Caernarfon, wo Walisisch praktisch in den Stadtmauern steckt, wirkt das Gerücht absurd.

Seit 1974 wird der Wahlkreis von der Unabhängigkeitspartei Plaid Cymru vertreten. In vielen mittelalterlichen Straßen ist die walisische Flagge gehisst, auch

Im hinteren Teil des Ladens sitzt Helled Melangell auf einer Couch, Mitarbeiterin von Cymdeithas yr Iaith Gymraeg, einem Verband radikaler Sprachaktivisten, dessen Ortsgruppe ihr Büro über den Räumlichkeiten von Eirian James' Geschäft hat. Mittels direct action will man die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Schicksal der Sprache lenken. Immer wieder geht es dabei um die Medien. Die achtundzwanzigjährige Melangell, die sich selbst als Anarchistin bezeichnet, schlug vor einigen Jahren die Bürofenster eines Tory-Abgeordneten ein, um gegen Budgetkürzungen beim einzigen walisischsprachigen Fernsehsender, S4C, zu protestieren. 2004 stürmten elf Aktivisten die Redaktion von Radio Carmarthenshire, um mehr walisischsprachige Sendezeit zu erstreiten. Eine Radiomitarbeiterin wurde bei der Aktion verletzt.

Diese Zeiten sind vorbei, so hört man inzwischen – mehr Lobbyismus, weniger Umsturz. Die Methode des demonstrativen Gesetzesbruchs aber ist geblieben. Um einen öffentlichkeitswirksamen Gerichtstermin zu erzwingen, verweigerte die Vorsitzende von „Cymdeithas“ zuletzt die Entrichtung ihrer Rundfunkgebühr. Das Stichwort, das Melangell immer wieder nennt, ist *devolution* („Dezentralisierung“). Der Kanal S4C sowie die beiden walisischsprachigen Radiosender unterstehen der in London sitzenden BBC – zu weit weg, findet man bei „Cymdeithas“; die Katalanen und Basken hätten doch auch ihre eigene Presse.

Seit jeher ist der Rundfunk das wichtigste walisischsprachige Medium. Die Gründung von „Cymdeithas“ geht auf das wohl berühmteste Radioereignis der walisischen Geschichte zurück. 1962 hielt Saunders Lewis, Gründungsmitglied von Plaid Cymru, seine vielzitierte BBC-Vorlesung „Das Schicksal der Sprache“ über das Dörflein Capel Celyn, das bald darauf buchstäblich versinken sollte. Die kleine Gemeinde im Norden des Landes, walisischsprachig bis ins Mark, wurde zwangsversiedelt, um Platz für einen Stausee zur Versorgung Liverpools zu machen. Die Idee stammte aus dem Liverpools Stadtrat, der Segen kam aus Westminster. Lewis beklagte die „Welt des englischen Oberbeckes und die Welt des leidlich überdachten walisischen Zweite-Klasse-

Decks“. Nichts weniger als eine Revolution sei vonnöten, wenn die Sprache überleben sollte.

In Ebbw Vale, zurück im Süden, ist es dafür vielleicht schon zu spät. Auf der einstündigen Zugfahrt von Cardiff in den bittern Landkreis Blaenau Gwent rauscht man an einem Schrottplatz vorbei: alte Autohälften und ausgediente Güterwagen, zerstampft auf Bergen kaum identifizierbarer Metallpartikel. Einst war Ebbw Vale das prosperierende Herz der britischen Stahlindustrie. Mitte des vergangenen Jahrhunderts produzierte hier das größte Stahlwerk Europas, bot Festanstellung für mehr als 10 000 Arbeiter. Heute sind die Täler und Städte zu großen Teilen in einem beklagenswerten Zustand. „The unbearable sadness of the Welsh valleys“, titelte vor einigen Jahren die BBC. Jeder sechste Erwachsene in Blaenau Gwent bezieht ärztlich verschriebene Antidepressiva, die Lebenserwartung gehört zu den niedrigsten in Wales und England. In der Statistik über den Anteil der walisischsprachigen Bevölkerung steht die Region mit acht Prozent ganz unten. Aber hier leidet mehr als nur eine Sprache.

Wenn man an Gott glaubt, ist dies ein gottverlassener Tag. Ein durchnässter Morgen wie ein vorgezogener Winter. Hinter einem verriegelten Tor verwirrt eine methodistische Kirche, im Vorgarten liegt Gerümpel, umgekippte alte Regale, eine Mülltüte voller Kleiderbügel. Die Straße heißt Church Street, doch hier wurde schon lange nicht mehr gebetet. Anderswo gibt es nur mit Rollgittern verschlossene Ladenfronten, blätternde Aufschriften und leerstehende Räume verraten: nicht vorübergehend. Am Ende der Straße steht ein Drogenhilfezentrum, zumindest das hat wochentags geöffnet. Bei einigen Gebäuden hat sich die Immobilienfirma die Mühe gemacht, Schilder anzubringen: „For Sale.“ Nur, wer will hier investieren?

Eine einzelne Seniorin müht sich durch den Regen Richtung High Street. Sie habe ihr ganzes Leben in der Region verbracht, erzählt sie, habe Aufstieg und Fall der Industrie miterlebt. Ihr Mann arbeitete 41 Jahre in den „Works“, wie die Stahlwerke hier nur heißen, bis zu seinem Tod im Jahr 2001. Ein Jahr später kam die Schließung. Seitdem gehe es bergab. „Die Gegend um die Church Street war früher wie ein eigenes kleines Städtchen. Da drüben war mal ein Zeitungsladen, in dem ich eine Weile gearbeitet habe.“ Das Haus, auf das die Frau zeigt, sieht nicht so aus, als ob darin je ein Geschäft gewesen sein könnte.

Ebbw Vale ist die Stadt in Wales, die am deutlichsten für den Brexit gestimmt hat: 62 Prozent. Seit kein Stahl mehr produziert wird, ist auch der letzte Grund zum Lokalpatriotismus weggefallen. Walisischsein kann sich hier schnell wie Abhängigkeit anfühlen; lieber ist man anglo-britisch. Dabei finden sich in der Gegend um den Bahnhof mehrere teure Neubauten – eine Schule, ein großes Sportzentrum –, die großenteils von der EU finanziert wurden. „Investing in your future“ steht dort auf einem Schild unter verblassten Europasternen. Dem lädierten postindustriellen Selbstvertrauen der Stadt scheint es nicht geholfen zu haben.

Wenn die Aufschrift nicht zweisprachig wäre, gäbe es kaum Hinweise dafür, dass dies keine unscheinbare, etwas heruntergekommene Stadt in Mittelengland ist. Man kann die Hauptstraße auf und ab laufen, kann in den Läden den Kundengesprächen lauschen, ohne ein Wort Walisisch zu hören. Die bilingualen Straßenschilder wirken wie eine bürokratische Verordnung aus einer vergessenen Kultur.

Morgen in Natur und Wissenschaft

Ein Bericht zur globalen Lage der Gesundheit beunruhigt die Medizin

Geisteswissenschaften: Für eine Vergangenheitspolitik von links

Wer ist hier wessen Landsmann? Man erinnert sich an Meri Huws und ihre optimistische Sprachbehörde; an Manon Awst und ihre von deutschen Eltern bergewöhnnte Muttersprache; an die angebrunnten auf Walisisch krakeelenden Jugendlichen an der Bushaltestelle in Caernarfon. Und man fragt sich, ob diese an anderen Orten stolz zelebrierte Sprache in Ebbw Vale jemals wieder zu Hause sein wird.

Letzte Einkehr bei Shane's Fish Bar, einem gligen Fish-and-Chips-Shop. Eine junge Frau, vielleicht achtzehn, und ein kräftiger Mann, etwa zehn Jahre älter, servieren eine riesige Portion Chips mit Essig. Ob er Walisisch spreche? Nur ein paar Worte. „Wäre bestimmt gut, die Sprache zu können. Aber, ehrlich gesagt, braucht man sie hier einfach nicht.“ In der Schule habe er nie richtig Walisisch gelernt. Anders die nur eine halbe Generation jüngere Frau: zwei Stunden pro Woche, bis zu ihrem Abschluss. Sie habe das gemocht. „Dann lass mal hören!“, feixt der Mann und blickt seine Kollegin erwartungsvoll an. Sie wird verlegen, drückt herum wie jemand, der aufgefordert wird, etwas vorzuführen. Sie zögert. Sie lächelt. Dann antwortet sie – auf Englisch. CORNELIUS DIECKMANN

Macht mal Pause

Die Verfechter des Gender-Sterns (Ä/Arzt*in, Mitbürger*innen, Linguist*in, Verfechter*innen), der soeben vom Rat für deutsche Rechtschreibung nicht empfohlen wurde, nehmen für ihr Anliegen einige Komplikationen in Kauf. Ihr Anliegen ist es, dass in allen denkbaren Personenbezeichnungen alle denkbaren Geschlechter sich mitbezeichnet fühlen sollen. Ob allerdings, wenn nach einem Arzt im Zug gerufen wird, auch nur eine einzige Ärztin sitzenbliebe oder bloß unter Protest herbeieilte, weil sie ja nicht mitgemeint war, steht dahin. Ob jemand begründet unterstellen könnte, wenn die Bundeskanzlerin von „Mitbürgern“ spreche, halte sie sowohl Frauen wie Transvestiten nicht für Deutsche, ist genau so unwahrscheinlich. Der Stern soll aber eingefügt werden, um die Sprache für alle Fälle von Empfindlichkeit, tatsächliche und bloß vorstellbare, einzurichten. Dass dann die „Mitbürger“ trotzdem nach wie vor vorne stünden und die „innen“ nur ein Anhang sind, oder dass die einen mehrere Buchstaben hätten und die anderen nur ein Bildzeichen, mag andeuten, wie viel Ungleichheit auch dann noch in der Sprache steckt. Das Biest will sich einfach nicht fügen. Wie beispielsweise soll man den Stern denn aussprechen? Die Auskunft der Chefredakteurin des Dudens, es gebe auch andere Zeichen, die „nicht eins zu eins vorgelesen werden können“ (F.A.Z. vom 17. November), hilft hier nicht weiter. Denn „usw.“, „etc.“ und „z. B.“ haben ja bislang keine Gerechtigkeits- und Empfindlichkeitsfragen aufgeworfen. Wer sie beim Sprechen z. B. in „und so weiter“ etc. auflöst, nimmt nur die Abkürzung wieder zurück. Was aber kürzt der Gender-Stern ab? Gar nichts, er steht für unabgeschlossene Diversität. Viel Vergnügen bei der Diskussion darüber, wie man sie „auflöst“, möchte man seinen Freunden zurlieben. Immerhin haben wir aber schon seit dem Sommer einen Vorschlag, wie der Stern ausgesprochen werden könnte, wenn man ihn denn würde aussprechen wollen. Gemacht hat ihn ein Linguist aus Berlin, der sogar behauptet, es habe sich diese Aussprache längst etabliert, ohne allerdings anzugeben, wo; vielleicht in seinem Seminar. „Das Sternchen“, schreibt der Anglist Anatol Stefanowitsch von der Freien Universität Berlin in seinem Blog, werde „durch einen stimmlosen glottalen Verschlusslaut wiedergegeben“. Klingt schwierig, wird von Stefanowitsch auch abwegig erläutert, meint aber nur die kleine Pause, die wir beim Sprechen von Worten wie „Spiegel“ oder „erinnern“ machen, wenn wir vor „-ei“ und „-innen“ kurz neu ansetzen. So könne man auch den Stern aussprechen, als Pause. Sie machte dann aus der Nachsilbe lautlich ein eigenes Wort. Also: „Arzt in“ (analog zu „all in“ beim Poker) oder „Arzt innen“ (so wie „von innen“). Ob es allerdings jemals zum Ruf „Ist eine Ärztin im Zug?“ oder dem Satz „Liebe Mitbürger innen“ kommen wird, ohne dass jemand fragt, ob die Mitbürger außen nicht mitgemeint sind, dürfen wir der weniger moralischen als sprachlichen Empfindlichkeit überlassen. kau

Gesellenstück

Der neueste Streich des Bundesbildungsministeriums sind der Berufsmaster und der Berufsbachelor für Ausbildungsberufe. Ministerin Karliczek will damit ein Amtssprechen wahr machen und in lebhafter Erinnerung an ihren eigenen Bildungsweg die berufliche Bildung aufwerten. Weil in dieser Angelegenheit praktisch noch kaum etwas geschehen ist, versucht sie es jetzt mit einem Raubzug im Hochschulrevier. Dort gibt es so schöne Wörter wie Bachelor und Master, und sage niemand, dass sie urheberrechtlich den Hochschulen gehören. Niemand käme auch auf den Gedanken, dass Auszubildende bisher den blassesten Schimmer davon hatten, dass sie mit ihrer Ausbildung einen Beruf anstreben. Das wissen sie nämlich erst, wenn man es ihnen deutlich sagt, und dafür hat das BMBF den Berufsspezialisten erfinden lassen. Wer noch nicht wusste, dass Berufe Spezialisierung bedeuten, muss sich nicht grämen. Er befindet sich in Gesellschaft des pleonasmereichen BMBF. Ein Gerücht ist, dass der Theorieanteil für den Metzgermeister mit der neuen Titulatur automatisch steigt und dass sich alle Metzgereien fortan an der Exzellenzstrategie beteiligen dürfen, wo sie dann nach der Qualität ihrer Schaufenster (und nicht der Würste) ausgewählt werden. Ebenso irreführend ist die Annahme, dass erst die Habilitation zum Verkauf von Backwaren qualifiziert. Offenkundig ist dagegen, dass für die Ministerin Universitäten, Fachhochschulen und Berufsschulen Berufsfachuniversitäten sind. Den Vorschlag, Doktoranden in Azubis umzu-benennen, macht die Ministerin nicht. Er wäre zwar eine logische Fortschreibung ihrer Gleichstellungsdeide, liegt aber zu nah an der Realität des ausgebeuteten Hochschul-Mittelbaus. Ebenso ist es ein Gerücht, dass erst der berufsspezialisierende Minister-Master für das Amt des Bildungsmasters, pardon, -ministers qualifiziert. tht

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 20. November 2018 · Nr. 270/47 D 2

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER STELTZNER

2,90 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Renault-Chef Ghosn in Japan verhaftet

pwe. TOKUSHIMA, 19. November. Der Vorsitzende der Autobauer-Allianz von Renault, Nissan und Mitsubishi Motors, Carlos Ghosn, ist am Montag in Tokio wegen des Verdachts der Untreue bei Nissan und weil er sein Einkommen zu niedrig angegeben haben soll, verhaftet worden. Nissan, an dessen Spitze Ghosn seit fast zwanzig Jahren steht, bereitet wie auch Mitsubishi Motors die Abberufung seines Vorsitzenden vor. Der 64 Jahre alte Ghosn, einer der erfolgreichsten und schillerndsten Automanager, hat die grenzüberschreitende Allianz in die Spitzengruppe von Volkswagen und Toyota Motor geführt. Die Verhaftung Ghosns, der auch Renault leitet, wirft einen Schatten auf die Allianz, an der Frankreich als Aktionär von Renault beteiligt ist. Staatspräsident Emmanuel Macron erklärte, der Staat werde mit Blick auf die Stabilität der Gruppe wachsam sein. Es sei zu früh, um den Gehalt der Vorwürfe zu prüfen. In Japan, wo nur wenige ausländische Manager aktiv sind, ist der Franzose hoch angesehen, weil er zur Jahrtausendwende das überschuldete Nissan mit harter Hand sanierte. Nissan beruft sich in seinen Vorwürfen auf monatelange Untersuchungen in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft, nachdem ein Informant auf die Verfehlungen hingewiesen hatte. (Siehe Wirtschaft, Seite 17 und 22.)

Singt es einfach!



Wie bitte? – Ein London-Korrespondent dieser Zeitung hat einmal diese unvergesslichen Zeilen über Wales geschrieben: „Auch das Autoradio spielt auf einmal verrückt; die Ansagerin tönt laut, klar, sehr selbstsicher und absolut unverstänlich, als wäre man plötzlich auf die Osterinseln ver-

schlagen oder nach Finnland.“ Und angesichts der wie zufällig zusammengewürfelten Buchstabenketten – von Wörtern zu sprechen, wagt man kaum – hüten die meisten sich wohl davor, diese Sprache zu erlernen, was allerdings für etliche englischsprachige Waliser nicht zutrifft. Seite 9

Im Bockshorn

Von Jasper von Altenbockum

Mit zwei Argumenten haben sich die Befürworter des UN-Migrationspaktes keinen Gefallen getan. Das erste: Er sei nicht bindend. Das mag völkerrechtlich zutreffen; wer sich in einem Dokument aber dutzende Male „verpflichtet“, geht doch eine gewisse Bindung ein. Dennoch zu behaupten, der Pakt verpflichte zu nichts, provoziert die Vermutung, dass da etwas ausgehandelt worden sei, was offenbar auch die deutsche Regierung nicht ganz überzeugt. Das zweite Argument: Man dürfe sich jetzt nicht von Rechtspopulisten ins Bockshorn jagen lassen und müsse dem Pakt zustimmen. So landet man aber erst recht im Bockshorn: Soll man also nur zustimmen, weil die AfD dagegen ist? Da kann man nur hoffen, dass der Pakt mehr zu bieten hat als Munition gegen Rechtspopulisten.

Dem Pakt ist zwischen den Zeilen anzumerken, dass hier die Befürworter eines neuen Menschenrechts auf Migration mit Staaten gerungen haben, die Migration begrenzen und gestalten wollen. Das ist im Wesentlichen ein Interessenkonflikt zwischen Herkunftsstaaten, Transitländern und Nichtregierungsorganisationen auf der einen Seite und den Zielstaaten auf der anderen. In Deutschland, einem Zielland schlechthin, bildet sich dieser Konflikt nicht erst seit der Flüchtlingskrise in der Debatte darüber ab, was denn ein Einwanderungsland eigentlich ausmache: Grenzlosigkeit oder Auswahl? Die Existenz der AfD verdankt sich einer radikalen Antwort – dass Deutschland gar kein Einwanderungsland sei.

Eine große Minderheit in CDU und CSU hat noch bis vor gar nicht allzu langer Zeit so ähnlich gedacht. Wie man an der CDU in Sachsen-Anhalt sieht: Eine große Mehrheit hält es jedenfalls nicht für ihre Pflicht, Migration als Naturereignis zu begreifen. Jens Spahn ruft deshalb zu einer Abstimmung auf dem Hamburger CDU-Parteitag auf. Das ist eine Herausforderung vor allem für Annegret Kramp-Karrenbauers Credo, dass erst die Partei entscheiden müsse, dann die Fraktion, dann die Regierung. Ging es in diesem Fall, wie so oft, wenn der „Elefant im Raum“ steht, nicht genau anders herum? Spahn hätte sicher früher auf den Gedanken kommen können. Jetzt wird es heißen, das sei sein letzter Strohalm auf verlorenem Posten im Rennen um den CDU-Vorsitz. Der Grundkonflikt ist aber nicht neu. Und der Grund, warum er so lange nicht ausgetragen wurde, hat den Parteivorstand gerade aufgegeben – auch deshalb.

In Demut richten

Von Alexander Hanke

Ein Greis, fast nur noch die Hülle eines langen Lebens, wird in Münster dieser Tage in den Gerichtssaal gerollt. Die Zuschauerreihen sind gut gefüllt, es ist der größte Saal, den das Gericht zu bieten hat. Der Mann war 18 Jahre alt, als er in seiner Heimat Siebenbürgen von der SS eingezogen wurde. Er kam nach Stutthof, in ein kleines Konzentrationslager nahe Danzig, wo er in der Wachmannschaft Dienst tat. Er war der Jüngste dort. Dass ihn die SS vor eine Wahl gestellt hätte, ist nicht bekannt; auch nicht, dass er selbst gegen irgendeinen Menschen Hand angelegt hätte. In der – zu vor wenig beachteten – Hölle von Stutthof, wo Zehntausende Menschen ermordet wurden, war er vielleicht einer der Harmlosesten. Und doch ist es es, der sich nun für Stutthof vor Gericht verantworten muss und nicht seine älteren Kameraden, die fast alle starben, ohne dass sie je von der Justiz beehelligt wurden.

Vor ein paar Jahren hat die deutsche Justiz angefangen, die letzten SS-Männer vor Gericht zu stellen, derer sie noch habhaft wird. Über Jahrzehnte hatte es geheißen, das Tun der einfachen Wachleute der Konzentrationslager sei nicht strafbar, wenn ihnen keine eigenen Mordtaten nachzuweisen waren. Die Justiz ließ damals Milde walten, und sie hatte durchaus Gründe. War nicht das Unrecht dieser Männer verschwindend gering gegenüber dem der wirklichen Schlächter von Auschwitz? Hatten sie nicht auch gelitten, die besten Jahre ihres Lebens an diesen furchtbaren Orten zu verbringen müssen? Und waren sie nicht selbst Opfer der Umstände ihrer Zeit, in die sie nun einmal hineingeboren waren?

Wer kann sich schon aus der sicheren Distanz von Jahrzehnten Demokratie und Rechtsstaat erlauben, über einen jungen Mann zu richten, der damals von der SS zum Dienst gezwungen worden war? Vor allem aber: Wo ist die Grenze? Ist es gerecht, dass ein Wachmann von Stutthof angeklagt wird, nicht aber Reichsbahner, die auch wussten, was sie taten, als sie Züge voller Menschen in die Vernichtungslager fuhren? Und die Polizisten, die die Menschen zu den Sammelstellen für die Deportationszüge brachten? Und die, die zusahen? Auschwitz endete nicht an seinen Toren.

Vor Jahrzehnten, als es eigentlich Zeit für diese Prozesse gewesen wäre, hat die Justiz sie nicht geführt, vielleicht auch, weil sie zu weit geführt hätten, nämlich in die Mitte der Gesellschaft. Damals waren das Land und seine Justiz dazu nicht bereit. Möglicherweise wären die Kosten zu hoch gewesen. Hunderttausende hätten vor Gericht gestellt werden können. Friede ist so schwer zu finden.

Heute tun die Prozesse niemandem mehr weh außer jenen Greisen, die noch da sind, als wären sie aus ihrer Zeit gefallen. Die Justiz kann sich ohne große Schmerzen rehabilitieren.

Heute fällt es leicht, mit dem Finger auf den SS-Mann in Münster zu zeigen und sich selbst auf der richtigen Seite der Geschichte zu wissen. Es kostet nichts mehr.

Dennoch ist es richtig, diese Prozesse zu führen. Nicht nur für die Überlebenden, die Jahrzehnte mit ansehen mussten, wie deutsche Staatsanwälte und Richter teils zynische Argumentationskonstrukte ersannen, um ihre Milde gegenüber den Tätern juristisch zu begründen. Für die wenigen noch Lebenden derer, die die Hölle der Konzentrationslager durchlitten haben, ist es eine späte Genugtuung, dass sich nun noch einmal deutsche Gerichte ihrer Schicksale annehmen. Die Überlebenden betonen stets, dass es nicht um Strafe geht, sondern um Urteile.

Die späten NS-Prozesse sind notwendig. Es wurde noch nicht ausreichend Recht gesprochen.

Es ist die Aufgabe der Justiz, Recht zu sprechen. Und das hat sie zum Vernichtungssystem der Konzentrationslager noch nicht ausreichend getan. Denn jeder, der eine Mordtat willentlich fördert, begeht Beihilfe. Jeder Wachmann der Konzentrationslager wusste, was drinnen geschah. Die Mordmaschinerie funktionierte nur deshalb, weil all die kleinen Zahnradchen ihren Dienst taten. Wären die Wachmänner, die Lagerverwalter nicht gewesen, hätte es (womöglich) keine Vernichtungslager geben können. Dass nun gebrechliche Geisse vor den Richtern gezerrt werden, ist der Preis dafür, dass so lange mit der Gerechtigkeit gewartet worden ist.

Den späten Prozessen wohnt die Gefahr inne, dass sich der Fokus immer mehr auf die Konzentrationslager reduziert und das Böse, dem man hier zum letzten Mal ins Auge zu blicken glaubt, gleichsam in den Lagern eingeschlossen wird, als hätte es all die Mitwirkenden draußen nicht gegeben. Doch in dem Blick auf die damals jüngsten Täter liegt auch eine Chance. Denn an ihnen ist zu sehen, dass das Menschheitsverbrechen der Vernichtungslager nicht nur von sadistischen Mördern begangen wurde, die ihren aufgestauten Hass ausleben konnten. Es waren zum großen Teil „normale“ Menschen, viele junge dabei, die in einer anderen Zeit vielleicht nie etwas Böses getan hätten.

Das Schicksal hat sie in die Vernichtungslager gebracht, wo ihnen der Mut fehlte, nein zu sagen. Es wäre fraglos großer Mut erforderlich gewesen. So wurden sie zu Tätern. Darüber muss gerichtet werden, nicht über die Menschen, aber über ihre Taten, auch heute noch. Es sollte in größter Demut geschehen, da es nicht der eigene Mut war, der herausgefordert wurde.

Heute

Ein neuer Superstar

Tennisprofi Alexander Zverev löst mit seinem Erfolg im ATP-Finale ein großes Versprechen ein. Sport, Seite 32

Kaliforniens Anti-Trump 2.0

Bald regiert Gavin Newsom den wirtschaftsstärksten Bundesstaat. Vom Präsidenten grenzt er sich mit klarem Linkskurs ab. Politik, Seite 3

Hier ist der Mensch gefragt

Selbstdenkende Maschinen sollen eines Tages das Ruder ganz übernehmen. Werden sie übermächtig sein? Feuilleton, Seite 13

Hilfe für Obdachlose

In San Francisco haben Tausende Menschen kein Zuhause. Eine neue Unternehmenssteuer soll Abhilfe schaffen. Wirtschaft, Seite 23

Schutzschild für die Arminia

Bielefeld stand vor der Insolvenz, nun ist der Fußballklub fast saniert. Ein ungewöhnliches Bündnis hat geholfen. Sport, Seite 30

Aus Alt wird Neu

Plastik lässt sich recyceln, wenn es sortenrein vorliegt. Falls nicht, wird in Deutschland fast alles verbrannt. Technik und Motor, Seite 1

Briefe an die Herausgeber Seite 6

Houthis wollen Angriffe im Jemen einstellen

Her. FRANKFURT, 19. November. Die Houthi-Rebellen im Jemen wollen alle Raketen- und Drohnenangriffe gegen die von Saudi-Arabien angeführte Koalition einstellen. Die Entscheidung sei nach „Kontakten“ mit dem UN-Beauftragten für den Jemen getroffen worden, sagte ihr Sprecher Muhammad al Houthi. Damit könnten die UN-Friedensgespräche noch im November wiederbelebt werden. Zuvor hatte die saudische Koalition ihre Offensive zur Eroberung der Hafenstadt Hudaida eingestellt. (Siehe Seite 2.)

Brüssel bleibt dabei: Keine Nachbesserungen beim Brexit-Deal

Barnier: Fairer Vertrag / May: EU-Zuwanderer können sich nicht mehr vordrängeln

now./theu. BRÜSSEL/LONDON, 19. November. Die Vereinbarung über den für Ende März 2019 geplanten Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union hat eine weitere Hürde genommen. Die Außen- und Europaminister der 27 EU-Staaten billigten am Montag den in der vergangenen Woche ausgehandelten Austrittsvertrag. Er soll am Sonntag zusammen mit einer politischen Erklärung über die künftige Partnerschaft mit London auf einem EU-Sondergipfeltreffen gebilligt werden. Forderungen britischer Kritiker nach Nachbesserungen fanden in Brüssel keine Unterstützung. Der Austrittsvertrag sei fair und trage beiden Seiten gleichermaßen Rechnung, sagte Brexit-Chefunterhändler Michel Barnier. Er stellte jedoch eine Verlängerung der bisher bis Ende

2020 geplanten Übergangszeit in Aussicht, in der Großbritannien weiter dem Binnenmarkt angehören und Zahlungen an die EU abführen soll. Ziel sei es, die Verhandlungen über die geplante enge politische und wirtschaftliche Partnerschaft mit London zu erleichtern.

Unterdessen warb die innenpolitisch stark geschwächte britische Premierministerin Theresa May für den umstrittenen Brexit-Deal. Auf dem Jahreskongress des britischen Unternehmerverbands CBI bekräftigte sie am Montag, die bislang freie Zuwanderung von EU-Arbeitnehmern werde nach dem Brexit beendet: EU-Zuwanderer dürften sich in Zukunft nicht mehr „in der Warteschlange vordrängeln“, sagte May. Allerdings wollen ohnehin immer weniger EU-Bürger nach Groß-

britannien. Die Zahl der Immigranten vom Kontinent ist seit dem Brexit-Referendum 2016 stark gesunken.

May muss unterdessen weiter ein Misstrauensvotum fürchten. Einem Bericht der Tageszeitung „The Sun“ zufolge fehlen ihren parteiinternen Gegnern nur noch sechs weitere Unterstützer aus der Unterhausfraktion, um ein Misstrauensvotum gegen sie zu erzwingen. Die Regeln der britischen Konservativen erfordern mindestens 48 Fraktionsmitglieder, die May stürzen wollen. Allerdings gilt es als zweifelhaft, ob die Gegner der Regierungschefin eine solche mögliche Abstimmung gewinnen würden. Um May abzusetzen, sind mindestens 158 Stimmen konservativer Abgeordneter gegen sie notwendig. (Siehe Seite 2.)

Streit in der Union über Migrationspakt

Kritik an Spahns Vorstoß zur Abstimmung / Strobl: Die Fraktion hat entschieden

elo./Lrso. BERLIN/STUTT GART, 19. November. In der Union ist es bislang nicht gelungen, den Streit über den Migrationspakt der Vereinten Nationen zu beruhigen, obwohl Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) seit langem eindeutig hinter dem Vorhaben steht. Nachdem Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, einer der drei Kandidaten für die Nachfolge Mercks im CDU-Vorsitz, vorgeschlagen hatte, auf dem CDU-Parteitag Anfang Dezember in Hamburg über den Pakt abstimmen zu lassen, wurde er dafür zwar kritisiert, erhielt jedoch auch Unterstützung. Wirtschaftsminister Peter Altmaier, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag Norbert Röttgen und auch der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jürgen Hardt (alle CDU), stellten

sich hinter den Pakt. Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion Carsten Linnemann (CDU) schloss sich allerdings der Meinung Spahns an und bezeichnete den Pakt als „Loblied“ auf die Migration. Auch der ehemalige Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) übte heftige Kritik an der Vereinbarung der Vereinten Nationen.

Regierungssprecher Steffen Seibert ließ am Montag keinen Zweifel daran, dass Merkel den UN-Pakt weiter gutheiße. Er sagte, die Bundesregierung „steht hinter dem Pakt, sie steht zu ihm und unterstützt ihn“. Das Abkommen helfe, wichtige Ziele der Migration zu erreichen, die eine „globale Herausforderung“ darstelle, welche auch nur weltweit zu regeln sei. Das Auswärtige Amt ergänzte, es habe in den ver-

gangenen zwei Jahren intensiv über den Migrationspakt informiert, auch habe die Bundesregierung vor jeder Verhandlungsrunde die einzelnen Ressorts informiert. Ein Sprecher sagte, „die Ressortabstimmung hätte nicht breiter sein können“.

Der baden-württembergische CDU-Landesvorsitzende Thomas Strobl sprach sich für eine Unterzeichnung des Migrationspakts aus. „Wir können über alles immer sprechen. In diesem Fall hat die Bundestagsfraktion schon entschieden. In der Summe ist der Vorschlag nachvollziehbar, denn er begrenzt und steuert Migration.“ Der Pakt sei im deutschen Interesse. Auch das Präsidium und der Landesvorstand der baden-württembergischen CDU hätten sich dafür ausgesprochen, den Pakt anzunehmen. (Siehe Seite 2.)

Berlin: Einreisesperren gegen verdächtige Saudis

Lt. BERLIN, 19. November. Deutschland, Frankreich und Großbritannien verhängen Einreisesperren gegen 18 Männer aus Saudi-Arabien, die im Verdacht stehen, an der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi oder an der Planung des Mordes im saudischen Konsulat in Istanbul beteiligt gewesen zu sein. Die Sperren gelten auch für die anderen Länder des Schengen-Raums. Außenminister Heiko Maas sagte, es gebe „mehr Fragen als Antworten“ in diesem Fall. Das Auswärtige Amt wollte nicht mitteilen, ob Mitglieder des saudischen Königshauses Ziel der Sanktionen sind. Die Bundesregierung bittet Rüstungshersteller, ohne genehmigte Lieferungen nach Riad zurückzuhalten. (Siehe Wirtschaft, Seite 17; Kommentar Seite 8.)

Lebenslange Haft für Johannas Mörder

hs. GIESSEN, 19. November. Mehr als 19 Jahre nach dem Tod der achtjährigen Johanna hat das Landgericht Gießen den Angeklagten Rick J. wegen Mordes verurteilt. Die Schwurgerichtskammer stellte zudem die besondere Schwere der Schuld fest. Das bedeutet, dass der 42 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter nicht schon nach 15 Jahren damit rechnen kann, dass der Rest der Strafe zur Bewährung ausgesetzt wird. Die Richterin sprach von einem entsetzlichen und unfassbaren Verbrechen. Der Angeklagte habe das Mädchen, das am 2. September 1999 in seinem Heimatort Ranstadt in der hessischen Wetterau spielte, zufällig ausgesucht. Die genaue Todesursache konnte nicht mehr festgestellt werden. (Siehe Deutschland und die Welt.)

Scheuer verteidigt Diesel-Kontrollen

enn./hw.mas. BERLIN, 19. November. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) rechtfertigt die geplante automatische Kontrolle von Straßen mit Fahrverboten. „Wir haben uns gegen eine Blaue Plakette entschieden. Aber wenn wir saubere Diesel auf den Straßen haben wollen, müssen wir die Einhaltung der Vorschriften auch kontrollieren dürfen“, sagte der CSU-Politiker am Montag in Berlin auf der F.A.Z.-Konferenz „Mobilität in Deutschland“. Nach dem Gesetzentwurf zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes dürften die Behörden künftig alle Autos samt Fahrer auf Straßen mit Diesel-Fahrverboten automatisch erfassen, abspeichern und überprüfen. (Siehe Wirtschaft, Seite 17.)